

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kersch. Druck: u. Verlag: Auer-Druck- u. Verlagsanstalt m. B. G. m. H. u. Co. in Auer. Preis: 10 Pf. pro Stück. Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal. Ausland: 4.00 Mark pro Quartal. Postamt: Auer. Nr. 219.

Stappelpreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bezahlt monatlich 10.00 Mark. Erhalten täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die Nebenseiten des Blattes oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pf., auswärtige Anzeigen 40 Pf., Kleinanzeigen 3.00 Mark. Bei größeren Abzügen entsprechender Kanäle. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgäbe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 219.

Montag, den 19. September 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß die Mitglieder des Abgeordneten Erzberger nunmehr festgestellt, doch noch nicht ergreifen sind, die ausgesetzte Belohnung von 100 000 Mark auf 200 000 Mark erhöht.

König George erwiderte de Valera, die Konferenz sei unendlich wenn der Anspruch der irischen Vertreter, als Vertreter eines souveränen unabhängigen Staates angesehen zu werden, nicht zurückgezogen werde.

Wie Newport Herald meldet, soll an amerikanischen amtlichen Kreisen die Mitteilung ergangen sein, daß König George in den ersten Tagen des November in Washington eintreffen wird, um dort an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz teilzunehmen.

Der amerikanische Schatzsekretär erzielte mit der Schaffung ein Einverständnis wegen der Darlehen an das Ausland, u. a. sollen beispielsweise kriegsführende Staaten ausgeschlossen sein.

Reichskanzler! Handle!

Nv. Das Berliner Zentrumblatt, die Germania, veröffentlicht einen Leitartikel mit der Aufforderung: Reichskanzler! Handle! Diejenige Mahnwort kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil die Germania, wie bekannt, dem Reichskanzler selbst sehr nahe steht. Man geht daher wohl nicht fehl in der Annahme, daß im Schoße der Reichsregierung die Möglichkeit des Handelns, was Bayern anbelangt, selbst sehr ernsthaft erörtert worden ist, und daß eine Entscheidung binnen kurzem in Aussicht steht. In der Tat, die jetzigen Zustände, wie sie sich durch den Streit zwischen Reich und Bayern entwickelt haben, können im Interesse des Gesamtansehens des Deutschen Reiches nicht länger mehr andauern. Jemandem muß eine Erklärung, muß eine Entscheidung getroffen werden. Die bayerische Regierung weicht dieser Entscheidung geflissentlich aus, und es hat durchaus den Anschein, als ob durch die Gesamtdemission des Kabinetts in München die Möglichkeit zu dem bilateralen Verhalten Bayerns gegeben werden sollte. Diese Politik der Verschleppung muß aber ein Ende haben. Der jetzige Zustand ist unerträglich geworden und bewirkt eine Steigerung der Erregung, die höchst gefährlich werden kann. Auch die bayerische Volkspartei, als die maßgebende Partei in Bayern, kann zu bestimmten Entschlüssen nicht kommen. Man versuchte auf alle mögliche Weise, die Kernfragen in den Hintergrund zu stellen, man stimmt ein großes Lamento über die Berichte des preussischen Staatskommissars für öffentliche Ordnung an, man zeigt wieder einmal die empfindliche bayerische Seele, die nur die eigene Empfindlichkeit kennt. Das alles darf aber nicht die Kernfrage, um die es sich jetzt dreht, nicht verwischen. Der Reichskanzler hat in der Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages den Satz gesprochen, auf den es allein ankommt: Die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ist das unumstößliche Ziel der Reichsregierung! Die Reichsregierung hat ihren Versöhnungswillen, ihren Verständigungswillen, ihren Verhandlungswillen mehr als einmal bewiesen. Aber wenn jetzt durch den bayerischen Gesandten und durch die bayerische Regierung erklärt wird, daß man nicht verhandeln könne, so muß eben auf andere Weise der Konfliktfall aus der Welt geschaffen werden. Der Reichskanzler hat gesagt, daß man nicht bis zum 27. September, dem Tage des Zusammentritts des Reichstages, warten könne. Man kann auch nicht warten, bis das bayerische Parlament zusammengetreten ist und den neuen Ministerpräsidenten auf den Schild erhoben hat. Das kann vermutlich noch sehr lange dauern. So bleibt nur eins: der Reichskanzler muß erwirken, daß durch eine Verordnung des Reichspräsidenten der bayerische Ausnahmezustand auf diesem Wege beseitigt wird. Das ist ein durchaus verfassungsmäßiges Verfahren. Man hätte gewünscht, daß eine andere Regelung möglich gewesen wäre, wenn diese Regelung nicht in Betracht kommen kann, so ist das nicht die Schuld des Reiches, sondern die Schuld derjenigen bayerischen Kreise, die jetzt glauben, durch Verschleppung noch aufhalten zu können, was nicht mehr aufzuhalten ist.

Die preussische Regierung zum Bericht Weismanns.

Die preussische Staatsregierung übermittelte dem Reichskanzler folgende Erklärung: In der vom Reichskanzler am 15. September im Ausschuss des Reichstages verlesenen Niederschrift, welche der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung dem Reichskanzler auf dessen Wunsch übergeben hat, ist von Ermittlungen die Rede, die in Bayern von dem Staatskommissar veranlaßt worden sind. Die Ermittlungen haben im Mai 1920 stattgefunden und zwar auf Anordnung der damaligen Reichsregierung. Zur Erklärung hierfür dient, daß der preussische Staatskommissar für die öffentliche Ordnung seit dem Bestehen dieser Einrichtung auch von den Reichsinstanzen in Anspruch genommen wird und von diesen Aufträge empfängt. Das Reichskommissariat für öffentliche Ordnung war zudem damals erst im Entstehen begriffen. Das preussische Staatsministerium hat von den durch seinen Staatskommissar angestellten Ermittlungen erst durch die Verlesung der Niederschrift durch den Reichskanzler im Reichstagsausschuss Kenntnis erhalten. Das Staatsministerium bedauert, daß derartige Schritte eines seiner Organe in einem

anderen Lande stattgefunden haben, ohne daß darüber die Regierung dieses Landes unterrichtet war. Es bedauert weiter, daß darüber der Öffentlichkeit Mitteilung gemacht wurde, bevor die Regierung des beteiligten Landes die Möglichkeit gehabt hatte, sich zu dem Ergebnis der damaligen Ermittlungen zu äußern. Wegen einer Wiederholung derartiger Vorkommnisse sind die geeigneten Vorkehrungen getroffen.

Die Erklärung des preussischen Staatsmitteilungsamtes ist formal genommen der Ausdruck einer korrekten Stellungnahme, wie sie z. B. im diplomatischen Verkehr üblich ist, und die jenseits des Rheines deshalb auch gebührend gewürdigt werden darf. Jedenfalls kann man in München nicht mehr von der Starrköpfigkeit der Berliner im allgemeinen sprechen, und noch weniger von dem angeblich preussischen Prinzip einer systematischen Verkümmung bayerischer Selbständigkeit. Andererseits sind aber durch die obige Erklärung die sachlichen Enttäuschungen Weismanns nicht berührt worden, und die Frage, ob seine Darstellungen in dem Briefe richtig sind, ist gar nicht angeschnitten worden. Und das ist gut so; denn die Entscheidung darüber muß erst die weitere Untersuchung ergeben. Weismanns Stellung dürfte allerdings erschüttert sein, und die Berliner Blätter deuten bereits seinen Rücktritt an. Hoffentlich wird dadurch nicht die Erwartung getäuscht, daß Weismann noch mit einem eingehenden Belegmaterial an die Öffentlichkeit tritt. Auch der Reichskanzler selbst hat daran ein großes Interesse, weil möglicherweise somit in bayerischen Blättern die obige preussische Erklärung in einer Weise umgedeutet werden möchte, die nicht zur dringend notwendigen Klärung der Arie zwischen Reich und Bayern beitrüge.

Das Geheimnis des Schlosses Neubeuren.

Die Nachricht über eine Verschwörung zur Herstellung einer süddeutschen katholischen Donaumonarchie unter Einbeziehung Deutsch-Osterreichs und Restauration der Wittelsbacher, die ihren Sitz auf Schloß Neubeuren in Bayern haben sollte, wird von dem deutschnationalen Berliner Lokalanzeiger bestritten. Den Bewohnern des Schlosses sei weder Kapitänleutnant Ehrhardt noch Oberst Bauer, noch Major Papp, noch der ungarische Reichsverweser Admiral Horthy, die als Reichsverchworene genannt worden sind, bekannt. Von ihnen sei auch nicht einer auf Schloß Neubeuren gewesen. Der Besitzer des Schlosses, Graf Sittenfeld, sei überdies während des Sommers nur ganz vorübergehend auf dem Schlosse anwesend gewesen. Die Kräfte sei schwer krank gewesen und habe nur den Besuch einiger bekannter Damen empfangen. Im übrigen sei das Haus immer leer gewesen.

Ob diese Mitteilungen alle den Tatsachen entsprechen, wird sich hoffentlich bald herausstellen. Sie sind jedenfalls nicht glaubwürdiger als die Meldungen, die durch sie demontiert werden sollen. Aus Loyalität soll nicht verschwiegen werden, daß die ungarische Gesandtschaft erklärt, daß Admiral v. Horthy seit seiner Wahl zum ungarischen Reichsverweser das ungarische Staatsgebiet nicht verlassen habe.

Stresemann für die Politik der Vernunft

Der Führer der deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann, veröffentlicht in der Nationalliberalen Korrespondenz unter der Überschrift: Rechtsblock oder Politik der Mitte, beachtenswerte Ausführungen, in denen er sich, wie er es schon in einer Magdeburger Rede getan hat, gegen den von den Deutschnationalen angeführten Rechtsblock und für die Politik der Mitte ausspricht. Er gelangt dabei zu folgendem Schluß:

Gewiß birgt jede Kompromisspolitik — und eine Politik der Mitte ist Kompromisspolitik — die Gefahr in sich, daß man sich vom Ideal der Parteiziele weit entfernt, um das Wesentliche für die Gegenwart zu erreichen. Noch niemals aber ist es einer Partei gelungen, ihr Ideal im ersten Anlauf zu sichern. Ihre Aufgabe muß es sein, weitestehende Kreise auch außerhalb der Parteigränzen mit ihren Ideen zu durchdringen, um so den Ideen schließlich zum Siege zu verhelfen. Glaubt man wirklich, daß heute, drei Jahre nach der Revolution, die Dinge in Deutschland schon so weit gediehen seien, daß bei ziemlich zwei gleichen Teilen des Volkes, der eine sich vom andern einfach beherrschen läßt, daß entweder Rechts oder Links regieren kann? Die nichtsozialistische Kreise werden sich nie auf die Dauer eine sozialistische Regierung und umgekehrt die sozialistischen Kreise sich nie auf die Dauer eine rechtsgerichtete Regierung gefallen lassen. Mit Recht sagt die deutschösterreichische Zeitung Alpenland von den deutschen Verhältnissen: Die Politik der Mitte ist nicht Improvisation, ist nicht ein parlamentarischer Notausgang, sondern sie ist die Erneuerung nationaler Politik für die Gesamtheit des deutschen Volkes. Die Kernfrage ist doch: läßt man die Nationalidee von rechts her aufmarschieren und gegen links schießen oder stellt man sie in die Mitte und läßt zum Sammeln. Gegenüber allen gewaltsamen Erschütterungen der politischen Entwicklung unseres Volkes muß der Weg gehen zur Entspannung der politischen Lage durch Verständigung der gemäßigten Parteien. Man mag dieser Politik der Mitte widersprechen, daß sie eine Politik der Stärke sei, jedenfalls ist sie die Politik der Vernunft, die den einzigen möglichen Weg zeigt, durch den wir aus dem Wirrwarr und der Unerquicklichkeit der gegenwärtigen Verhältnisse herauszukommen vermögen.

Das ist eine deutliche Abfage an die Deutschnationalen und ein Bekenntnis zur Politik der Vernunft. Nun liegt es

an der Sozialdemokratie, der deutschen Volkspartei Gelegenheit zu geben, dieses Bekenntnis durch Taten zu bekräftigen, indem ihr der Eintritt in die Regierung ermöglicht wird.

Bolschewismus und Monarchie.

Eine Unterredung mit Dr. Gradnauer.

Der Berliner Berichterstatter des Matin hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer, in der dieser u. a. sagte: Die deutsche Regierung hat sich mit der bolschewistischen und der monarchistischen Gefahr zu beschäftigen. Der Bolschewismus kann im Reich noch lokale Ausfälle und Beunruhigung hervorrufen, es scheint aber, das er viel von seiner Unstetigkeit verloren hat. Gegen die monarchistische Gefahr dagegen muß die Regierung sehr wachsam sein. Unglücklicherweise verschaffen die sehr ernsten Schwierigkeiten unserer auswärtigen Lage den Gegnern ein scheinbares Argument. Sie werfen der Berliner Regierung vor, daß sie keinerlei Erfolge auf dem Gebiet der auswärtigen Politik als Utium buchen kann. Bland hat eines Tages erklärt, wenn wir der deutschen Demokratie das Leben zu hart machen, laufen wir Gefahr auf der anderen Seite des Rheines ein Wiederauflammen des Nationalismus hervorzurufen. Das ist volle Wahrheit. Ich begreife, daß die zahlreichen monarchistischen Rundgebungen Frankreich beunruhigen; die Vagitation, die übrigens oberflächlich ist, würde aber bald verschwinden, wenn die Entente nicht auf indirekte Weise so viel Öl ins Feuer gießen würde. Wie oft erlaubt es die Frage der Sanktionen der Presse der Rechten, die öffentliche Meinung zu entflammen, nicht nur gegen Frankreich, sondern gegen die Demokratie, der sie Schwäche vorwirft!

Aber die ernsteste und brennendste Frage für Deutschland ist die oberösterreichische. Wir stellen zweifellos fest, mit welcher Angst die deutsche Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen die Entscheidung des Völkerbundes erwartet. Wenn diese Provinz, die ihre Entwicklung der deutschen Arbeit und Industrie verdankt, nicht Deutschland gelassen würde, könnten wir einen neuen Rückmarsch nicht vermeiden. Glücklicherweise sind die Parteien von den Linkskommunisten bis zu den Wilden darüber einig, den Bogen nicht allzu straff zu spannen. Ich hatte mit Vertretern der Deutschnationalen Partei eine Unterredung; sie versprachen mir, ihre Presseorgane zur Wächung aufzufordern. Die Kommunisten sagten daselbe. Das sind günstige Anzeichen. Ich neige daher dazu, zu denken, daß wir in eine Zeit politischer Beruhigung kommen werden, die es Deutschland gestatten wird, durch Arbeit sich wieder zu erholen und seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachzukommen.

Ludendorff über die Waffenstillstandsfrage

Gegenüber Auslassungen des Admirals Scheer in der Volk. Zig. und den vom Berl. Tageblatt daran geknüpften Vorwürfen, daß die Heeresleitung der unangenehmen Mission bei den Waffenstillstandsverhandlungen ausgewichen sei, um sich der Verantwortung zu entziehen, stellt General Ludendorff in einer Zuschrift an das Militärliche Wochenblatt folgendes fest: In dem Großen Hauptquartier in Spa trat Anfang Oktober 1918 eine militärische Abordnung unter dem General der Infanterie von Gündel zusammen. Zu ihr gehörten Offiziere des Heeres und der Marine. Admiral Scheer kann dies unumgänglich entgangen sein, da die Seekriegsleitung ihren dauernden Aufenthalt in Spa genommen hatte. Zu dieser Abordnung sollte ein Vertreter des Reichskanzlers treten. Im Großen Hauptquartier wurde angenommen, daß der bisherige Staatssekretär von Sinje dazu ausersehen sei. Diese Abordnung konnte erst in Tätigkeit treten, wenn die Vorbereitungen mit Wilson über den Beginn der Verhandlungen abgeschlossen waren. Bekanntlich war die Oberste Heeresleitung damit einverstanden, daß die Klärung des besetzten Gebietes in einer Zeitspanne von 3 bis 4 Monaten zugestanden werden konnte. Mehr aber wollte sie zunächst nicht preisgeben. Der Reichskanzler und das Kriegskabinet gingen weiter und ließen auch den Unterfeldmarschall vor dem Beginn der Verhandlungen fallen, trotzdem die Oberste Heeresleitung und Admiral Scheer die schwersten Bedenken äußerten. Es ist also versucht worden, die Verhandlungen so zu beeinflussen, wie es ihm möglich war. Er stellte auch am 17. Oktober die klare Forderung, bevor die Vorbereitungen weitergeführt wurden, Wilson zu fragen, was er eigentlich wolle. Er versuchte auch für die Verhandlungen dadurch eine günstige Grundlage zu schaffen, daß er vom Reichskanzler eine weitgehende Aufklärung über die drohenden Gefahren eines Vernichtungsfriedens und eine Kräftigung des Volksgelstes verlangte, die auch von einzelnen Staatssekretären für durchaus möglich gehalten wurden.

General Ludendorff wurde am 25. Oktober verabschiedet, bevor die Verhandlungen begannen. Er wäre von der Entente nach nicht als Verhandlungsführer angenommen worden. Nach einer Agentennachricht — vgl. Nr. 93 des amtlichen Weisbüchchens Vorgeschichte des Waffenstillstandes — war am 25. Oktober im französischen Hauptquartier beschlossen: Strikte Abweisung von Verhandlungen mit Ludendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zur Verhandlung mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag erwählten Kommission. Am 6. November bestimmte der Reichskanzler den Staatssekretär Erzberger zum Vertreter des Kriegskabinetts bei den Waffenstillstandsverhandlungen, an Stelle des Staatssekretärs Konr. Haubmann, der bisher dafür ausersehen war. In der Vollmacht, die